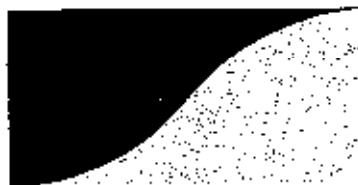


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Gert Weisskirchen MdB kritisiert nukleare Planspiele in der Bundesrepublik.

Seite 1

+++ Die Wahrheit über die Konsequenzen der Stationierung und die zwielichtige Haltung des Bundeskanzlers.

Seite 2

Wolf-Michael Catenhusen MdB warnt vor den Folgen der unkontrollierten Anwendung neuer Bio-Technologien.

Seite 4

Dieter Schanz MdB plädiert für einen aktivierenden Jugendschutz.

Seite 6

Buchbesprechung

Herta Daubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, stellt das Daten-Handbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages vor.

Seite 7

38. Jahrgang / 229

30. November 1983

Oldenburg lag in atomarem Staub

Denk-"Fabriken" der Militärs spielen unseren Untergang durch

Von Gert Weisskirchen MdB

Zwei Tage nach dem Ja der Regierungsparteien zu neuen Mittelstreckenraketen lag Oldenburg in atomarem Staub. Das geheime Programm "Tactical Leadership" (2/84) läßt eine Großmacht "Orange" den Dritten Weltkrieg mit einer Hiroshima-Bombe zünden. Chemische und bakteriologische Waffen werden in weiteren Kampfhandlungen eingesetzt.

Zwischen Bremen und Holland wird gestorben, die norddeutsche Tiefebene - nur noch eine Wüste. Nicht Satire hat das Drehbuch für diesen Plan in der Woche der Parlamentsentscheidung geschrieben. Es war nur Routine, nichts sonst.

Daß dabei alle atomaren "Optionen" herangezogen wurden, in die Herr Wörner so verliebt ist, sei nur am Rande erwähnt. Die Hamburger Morgenpost berichtet, alle Ladungen zwischen 25 und 250 Kilotonnen wurden "durchgespielt".

Und das Ende des nuklearen Spiels mit unserem Leben? Wie in einem schlechten Hollywood-Film: Die NATO-Militärs, Farbe "blau", holen zum Gegenschlag aus undsiegen. Wirklich, ein Szenario von eigentümlicher Sensibilität. Und da soll es noch welche geben, die sich darüber wundern, daß wir Deutsche nicht in einem atomaren Massengrab wiedervereinigt werden wollen.
(-/30.11.1983/ks/va)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kein Geld für Umwelt
mit empfindlichen
Personen-Papier



Was Kohl nicht zu sagen wagt

Die Wahrheit über Konsequenzen der Stationierung und den Weg der Regierung

Von +++

Es ist inzwischen - spätestens seit Abbruch der Genfer Verhandlungen durch die Sowjetunion - jedermann deutlich geworden, daß die Bundesregierung über Wochen und Monate versucht hat, die Konsequenzen ihrer Stationierungsentscheidung zu verniedlichen. Statt sowjetischer Einkehr, wie vom Kanzler, seinen Ministern und Sprechern für den Beginn der Stationierung prognostiziert, ist eine wachsende Verhärtung im Ost-West-Verhältnis feststellbar mit der unmittelbaren Folge von immer rascher werdenden Umdrehungen der Rüstungsspirale.

Die Frage, die heute gestellt werden muß, ist: Waren Bundeskanzler und Bundesregierung wirklich so blauäugig optimistisch, wie es schien, oder haben sie die Öffentlichkeit über wichtige Fakten bewußt im unklaren gelassen oder sogar falsch informiert? Die letztere Annahme gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, wobei keineswegs nur auf das eigentümliche Verwirrspiel hingewiesen werden muß, das Helmut Kohl und Regierungssprecher Boenisch noch am 17./18. November (zufällig zum Zeitpunkt des Kölner SPD-Parteitages?) veranstalteten, und mit dem sie der deutschen Öffentlichkeit zu suggerieren versuchten, in Genf - wo die Verhandlungen wenige Tage darauf scheiterten - stehe im Gefolge eines Tête-à-Tête der Unterhändler ein Verhandlungsdurchbruch bevor.

Immerhin hatte der Kanzler just an diesem 18. November einen Brief des sowjetischen Generalsekretärs Andropow erhalten, aus dem kaum herauslesbar gewesen sein dürfte, was Boenisch dann am 23. November vor der Bundespressekonferenz verkündete, nämlich: "Der Beginn der Stationierung schafft keine Veränderung der Verhandlungssituation." Dies war nicht nur objektiv falsch, denn die Bundesregierung - und man muß jedenfalls vermuten: Boenisch auch - wußte zu diesem Zeitpunkt längst, daß Moskau in der Stationierungsentscheidung durch Bonn eine Verschärfung der Lage sah, die die Verhandlungen in Genf keineswegs fördern, sondern beenden würde.

Es war der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf, der bereits am 23. November in Moskau vor "Illusionen" in der Bundesrepublik (gemeint war ganz offensichtlich in



der Bundesregierung) warnte, "wie ernst und wie schwerwiegend man hier in Moskau unsere Entscheidung bewertet". Biedenkopfs zusätzliche Bemerkung, daß "jeder die Gelegenheit (sucht), die Dinge so, wie er sie sieht, mitzuteilen", war bereits ein freundlicher, aber eigentlich doch unmißverständlicher Hinweis darauf, daß die Bundesregierung und ihr Propagandaapparat hierzulande nicht korrekt darstellen, was und wie in der sowjetischen Führung gedacht wird.

Biedenkopfs skeptische Bemerkungen galten dabei offensichtlich nicht nur der Ost-West-Lage im allgemeinen, sondern auch den bilateralen Beziehungen. Man muß sich erinnern: Boenisch hatte noch am 20. November, also unmittelbar vor der Bonner Stationierungsentscheidung, den erwähnten Brief Andropows vom 18. November an den Kanzler, als "sachlich und nüchtern" charakterisiert; der Regierungssprecher bewertete es dabei als "nichts Neues und eine von uns stets begrüßte Entwicklung", daß die Sowjetunion "ungeachtet der Rüstungsfragen die bilateralen Kontakte fortführen will".

Biedenkopfs Skepsis, gegründet auf Gespräche vor Ort in Moskau, stand und steht in einem auffallenden Gegensatz zu diesem Eindruck des "business as usual", den die Bundesregierung hierzulande verbreitet, und es ist die Frage, ob der Kanzler eine falsche Information der deutschen Öffentlichkeit zugelassen hat, obwohl er wußte oder wissen mußte, daß die Sowjets militärische Entscheidungen auf unserer Seite nicht "nur" mit militärischen, sondern möglicherweise auch mit politischen Mitteln beantworten könnten, was sich auch zu Lasten der deutsch-sowjetischen Beziehungen auswirken könnte. Konkret: Hatte - was Biedenkopf in Moskau erfuhr und was zu Sorgen Anlaß gibt - nicht vor ihm schon der Kanzler aus erster Hand erfahren?

Dergleichen steht möglicherweise auf ökonomischem Gebiet ins Haus. Auch hier gibt es wieder Worte des Kanzlers, des Bundeswirtschaftsministers und des Regierungssprechers, die - so Helmut Kohl am 17. November - scheinbar klar behaupten, daß gerade nach der Rückkehr Graf Lambsdorffs aus Moskau "nirgends etwas (zu) erkennen" sei, "daß nun ab nächsten Mittwoch die Eiszeit ausbricht", was "einfach absurd" sei und die Ausgeburd einer "Kampagne, um den Leuten in unserem Lande Angst einzujagen", aber "mit der Realität der politischen Wirklichkeit in Europa und in der Welt nichts zu tun" habe.



In diesem Fall gibt es aber ebenfalls Bemerkungen eines in diesen Fragen sehr kompetenten Mannes, nämlich des Krupp-Generalbevollmächtigten Berthold Beitz, die in beinahe diametralem Gegensatz zur Einschätzung Kohls und Lambsdorffs stehen und die kurz und knapp besagen, daß "diese Euphorie" der Bundesregierung fehl am Platze sei; die "Erwartungen in der Öffentlichkeit" (gemeint können wiederum nur die von der Bundesregierung geschürten Erwartungen sein!) seien "zu hoch geschraubt".

Tatsächlich wissen die Kenner der ostpolitischen und ostwirtschaftlichen Beziehungen, daß die Sowjets im Verhältnis zum kapitalistischen Westen zwar sehr vertragstreu zu sein pflegen. Aber diese Kenner befürchten auch sehr real, daß ein Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen kaum mehr möglich sein wird - es sei denn, es gelänge doch noch, die jetzt eingeläutete neue Rüstungsrunde in Ost und West abzustoppen. War dies dem Kanzler nicht bewußt, als er verkündete, daß auch im deutsch-sowjetischen Verhältnis weiterhin "gute und optimistische Perspektiven" gelten würden, oder hat er der Öffentlichkeit über die Konsequenzen der Bonner Entscheidung auf allen möglichen Sektoren Sand in die Augen gestreut?

Der Verdacht ist jedenfalls, daß die Bundesregierung in dieser entscheidenden Phase der Ost-West-Beziehungen (entgegen allen politischen und diplomatischen Usancen) öffentlich mit falschen oder nicht kompletten Karten gespielt hat. Was beim besten Willen nur einen günstigen Schluß zuließe: Daß der Kanzler und sein Propagandaapparat um die hohe positive Einschätzung der Ost- und Entspannungspolitik durch die Bundesbürger wissen, und daß sie deshalb den (allerdings falschen) Eindruck einer Kontinuität gerade auf diesem Sektor zu erwecken suchten. Das Problem: Mit unlauteren Methoden ist kein Vertrauen zu schaffen, weder im Innern noch in den Außenbeziehungen. Und auf Vertrauen in den Ost-West-Beziehungen sind wir gerade jetzt angewiesen, wo es darum geht, den durch die neuen Rüstungsrunden verursachten Schaden im Interesse aller so weit wie irgend möglich einzugrenzen. (-/30.11.1983/ks/va)

+ + +



Das Problem der Biotechniken brennt auf den Nägeln

Wann nimmt der Staat seine Verantwortung in diesem Bereich ernst?

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Die neuen Biotechniken werden auf Industrie und Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten als Querschnittstechnologien so einwirken, wie die Wissenschaftsfortschritte in Chemie und Physik unser Jahrhundert beeinflusst haben. Die neuen Biotechniken werden alle Formen des Lebens beeinflussen, verknüpfen und damit auch verletzen können. Es ist möglich geworden, Erbmaterie, sogenannte DNA, als Träger von Erbinformationen zwischen den unterschiedlichsten Formen des Lebens auszutauschen, zwischen Menschen, Tieren, Pflanzen, Viren und Bakterien. Der Gen-Pool, die Summe des genetischen Erbes der Welt, wird nun das Experimentierfeld der Gen-Ingenieure, die die Entschlüsselung der Gen-Codes längst mit Hilfe von Computern vornehmen.

Amerikanische Forschungsprojekte haben das Ziel des Bio-Computers, bestehend aus Proteinen, die durch E-Coli-Bakterien produziert werden sollen.

Der Mensch hat durch Ausbeutung der Natur seinen Wohlstand gemehrt, gleichzeitig aber einen solchen Raubbau mit den natürlichen Ressourcen getrieben, daß die Fortsetzung der quantitativen Wachstumspolitik nur mit der Zerstörung der Umwelt erkaufte werden könnte. Nicht absehbar, nicht abschätzbar sind die Folgen des Versuchs des Menschen, seine Umwelt und auch sich selbst gentechnisch "optimieren" zu wollen, durch Eingriffe, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können - durch "nützliche" Bakterien, optimierte geklonte Nutztiere und Nutzpflanzen oder gar durch "gesündere" Menschen. Das ökologische System Natur ist zu komplex, als daß die Folgen der Gen-Ingenieurkunst berechenbar wären. Ganz zu schweigen davon, ob der Mensch sich die Schöpfung nach seinen Interessen umschöpfen darf.

Keine zehn Jahre sind vergangen, seit führende Genforscher die Gefahren der Entstehung neuer, resistenter Krankheitserzeuger von möglicherweise unvorstellbarer Gefährlichkeit ansprachen, die bei der Übertragung von Erbinformationen in die Erb moleküle von Bakterien mit Hilfe der Neukombinations-Technik entstehen könnten. Mit dem Erlaß von Richtlinien, die die Ausstattung der Forschungslabors und die Einschränkung bei der Verwendung von Bakterienstämmen regelten, ist der Staat seiner Risikovorsorgepflicht nachgekommen. Nur gelten diese Richtlinien verpflichtend nur für die Forschungslabors, die öffentliche Forschungsmittel erhalten. Damit verengte sich zugleich die Diskussion auf unmittelbare Gefahren, die bei einem Unfall in einem Forschungslabor entstehen könnten. Die Richtlinien erfaßten zugleich nur ein gentechnisches Verfahren, die Neukombination von DNA. Die mögliche Anwendung molekulargenetischer Erkenntnisse zu industriellen, pharmazeutischen, medizinischen, landwirtschaftlichen, ökologischen Zwecken wirft eine Fülle ökologischer, sozialer, rechtlicher und ethischer Probleme auf. Sie werden jedoch von der Faszination, die erkennbare Vermarktungschancen neuer Biotechniken auslösen, überlagert. Die Sprünge der Aktienkurse von Biotechnik-Firmen in den USA lösen auch bei uns eine "Bio-Goldrausch-Mentalität" aus.

In den USA versuchen weit über 150 Gentechnik-Firmen profitable Anwendungsmöglichkeiten für gentechnische Verfahren zu erschließen: Die Palette gentechnisch erzeugter Produkte wird Insulin, Interferon, Antibiotika, Hormone, Impfstoffe, aber auch bald



ertragstarke Nutzpflanzen umfassen. Dabei steigt das Tempo des Erkenntnisfortschrittes und der Möglichkeit, neue Erkenntnisse der Grundlagenforschung in neue Produkte oder Produktionsverfahren umzusetzen, in ungekannter Weise.

Damit werden immer stärker auch Forschungskapazitäten der Grundlagenforschung hin auf kurzfristige Verwertungsinteressen orientiert. An der Auswertung der neuen Forschungsergebnisse interessierte Firmen, etwa Höchst, BASF, Bayer, Schering, sichern durch Kooperationen den Experten optimale Arbeitsbedingungen. Damit wächst allerdings die Gefahr, daß die gegenwärtig nicht auf vermarktbar Produkte zielende Grundlagenforschung austrocknen könnte. Einige Professoren, die ihre gesamte Forschungsarbeit mit öffentlichen Mitteln finanziert bekommen, wollen sich selbst an der Vermarktung ihres Erkenntnisfortschritts beteiligen, indem sie Mitaktionäre von Gentechnik-Firmen werden. Vorreiter in Deutschland ist hierbei Professor Peter Hans Hofschneider, Direktor des Max Planck-Instituts für Biochemie in Martinsried, gleichzeitig beteiligt an der Firma Biogen.

Die geltenden Richtlinien für die Neukombination von DNA aus dem Jahre 1981 sind kein wirksames Instrument, den Prozeß der Kommerzialisierung der neuen Bio-Techniken beeinflussen zu können. Gegenwärtig gilt auch in der Bundesrepublik die Begrenzung der Größe von Produktionsbehältern, Fermentern, auf zehn Liter. In den USA haben die Firmen Eli Lilly und Genentech ohne Probleme die Erlaubnis erhalten, bei der Insulinproduktion in größerem Maßstab arbeiten zu dürfen. Probleme der Sicherheit bei der industriellen Nutzung gentechnischer Verfahren sind ungeklärt und unreguliert. Die Richtlinien verbieten die Freisetzung genetisch manipulierter Bakterien in die Umwelt. Andererseits sind sich die Experten darüber im Klaren, daß beim Einsatz solcher Bakterien in industriellen Verfahren ihre Freisetzung ins Ökosystem nicht vermieden werden kann. Dem Bundesgesundheitsamt fehlt die wissenschaftliche Erfahrung, die Risiken dieser Freisetzung auch nur ansatzweise abschätzen zu können.

Es besteht politischer Handlungsbedarf: Es müssen Sicherheitsvorschriften für die industrielle Anwendung neuer biotechnischer Verfahren entwickelt werden, insbesondere für den Arbeitsschutz der Beschäftigten. Es besteht aber auch weitergehender Handlungsbedarf: Die Biotechniken sind ebenso wie etwa die Mikroelektronik nicht als solche zu bejahen oder abzulehnen. Denn auch in den biologischen Techniken liegt der Keim zu möglichen gesellschaftlich erwünschten und hilfreichen Entwicklungen. Dazu müssen aber Methoden der langfristigen Folgenabschätzung und Kontrolle der kommerziellen Anwendung neuer Biotechniken entwickelt werden. Der Staat fördert die Entwicklung der Biotechnologie mit mehreren hundert Millionen DM. Er hat die Verantwortung dafür, daß die Zielsetzungen biotechnischer und gentechnischer Forschung nicht kurzfristigen kommerziellen Verwertungsinteressen ausgeliefert werden. Die mikrobiologisch, gentechnologische Forschung sollte sich auch an gesellschaftlichen Zielen, an sozialem Bedarf orientieren. Der Staat sollte dabei gerade auch Entwicklungseinrichtungen fördern, die vom privatwirtschaftlichen Sektor vernachlässigt werden. Eine gesellschaftliche Diskussion über die Interessen der Gesellschaft an den neuen Biotechniken muß geführt werden, sonst bleibt staatliche Forschungsförderung Subventionspolitik für die Wirtschaft.

(-/30.11.1983/ks/va)

+ + +



Notwendig ist aktivierender Jugendschutz

Die jungen Menschen zum richtigen Umgang mit Gefährdungen befähigen

Von Dieter Schanz MdB

Verschiedene Wissenschaftler und Experten, Vertreter der Filmwirtschaft und der Videoindustrie sowie der Bundesprüfstelle haben sich, zuletzt bei einer öffentlichen Anhörung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, zum Problem Jugendschutz zu Wort gemeldet. Sie haben sich dabei insbesondere zu dem Thema Verbesserung des Jugendschutzes und zu den jugendgefährdeten Entwicklungen auf dem Videomarkt geäußert. Dabei hoben sie im wesentlichen die bedenkliche Wirkung hervor, die Videofilme mit Brutalitäten oder harter Pornographie auf junge Menschen ausübten. Solche gefährdenden Videoerzeugnisse dürften nicht in die Hände von jungen Menschen gelangen. Wie die Praktiker hervorhoben, gebe bereits das vorhandene gesetzliche Instrumentarium ausreichend Handhabe, wenn es wirksam eingesetzt werde. Darüber hinaus wurden Überlegungen angestellt, wie man den gesetzlichen Jugendschutz noch wirkungsvoller machen könnte.

Die Ausrichtung auf Jugendschutz vor Video zeigt jedoch nur einen, wenn auch wesentlichen Schwerpunkt der Jugendschutzproblematik. Die Experten sind sich bewußt, daß eine aus jugendschützerischer Sicht gefährdungsfreie Umwelt für junge Menschen nur eine nicht erreichbare Fiktion sei. Auch der beste restriktive Jugendschutz, so notwendig er ist, könne in der Realität nur ein bescheidenes Maß an Gefährdung beseitigen. Die Umwelt des jungen Menschen behalte viele für seine Entwicklung gefährdende Momente. Die Kunst des Pädagogen muß darin liegen, den Heranwachsenden zum richtigen Umgang mit den vorhandenen Gefährdungen zu befähigen. Jugendschutz vor allem vor Videoprodukten wäre daher sicher kein aussichtsreicher oder erfolgversprechender Weg. Ohne die neuen Medien und die neuen Techniken wird die nächste Generation ihre beziehungsweise die vorhandenen Probleme nicht lösen können. Junge Menschen müßten daher befähigt werden, neue Techniken und neue Medien kreativ, kritisch und differenziert zu handhaben.

So gibt es etwa in Oberhausen bereits zahlreiche örtliche Projekte, in denen Jugendliche aktiv und kreativ mit Video konfrontiert und beschäftigt werden. Es gibt kaum einen Verband, eine Organisation oder einen Verein in dieser Stadt, die sich nicht in der jeweiligen Arbeitsgruppe dieses Problems oder seiner Möglichkeit annähmen, um die jugendgefährdenden Auswirkungen im jugendgerechten Sinne aufzuarbeiten.

Aspekte dieser Art sollten künftig zwischen den Verantwortlichen und Betroffenen stärker diskutiert werden. Gerade beim Jugendschutz müssen wir vermeiden, einäugig zu sein. Jugendschutz, sei es vor gefährdendem Video mit seinen Brutalitäten und Horrorbestialitäten oder vor Alkohol, bedeutet zum einen, den jungen Menschen möglichst weitgehend vor diesen Gefahren zu bewahren. Zum anderen bleibt gleichzeitig die Aufgabe, ihn zu befähigen, diese Gefahr rational zu erkennen und mit ihr umzugehen, um sie entscheidend für sich persönlich "in den Griff" zu bekommen. Dieser Weg des aktivierenden Jugendschutzes ist allerdings mühsam und in der Öffentlichkeit schwer darzustellen. Deshalb müssen wir hier ein stärkeres Verständnis wecken und gleichzeitig bei den Jugendlichen an das eigene Verantwortungsbewußtsein appellieren.

(-/30.11.1983/ks/va)

+ + +



BUCHBESPRECHUNG

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982. Herausgegeben vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages. Verfaßt und bearbeitet von Peter Schindler, Bonn 1983. 1.224 Seiten. Schutzgebühr 12,- DM.

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Der erste Eindruck ist bestechend. 1.224 Seiten komprimierte Fakten, zumeist in Tabellen- und eingängiger Schaubildform. Für letzteres zeichnet Stefan Thomas verantwortlich.

Ein Nachschlagewerk, unersetzlich für uns Politiker selbst, für Journalisten, Wissenschaftler, für die interessierte Öffentlichkeit.

Hier findet sich nahezu alles über die Wahlen zum Deutschen Bundestag, über die Mitgliedschaft im Hohen Hause, ihre Alters- und Sozialstruktur, die Arbeit des Präsidiums, der Fraktionen, der Bundesregierungen, den Plenarsitzungen und der Ausschubarbeit, der Gesetzgebung und der Kontrolltätigkeit, Grundgesetzänderungen, Parlamentsrecht, Geschäftsordnungsfragen, Petitionen, die Arbeit des Wehrbeauftragten des Bundestages, Haushalts- und Verwaltungsfragen und vieles andere mehr. Dankenswerterweise abgeschlossen mit einem Sachregister.

Es gibt Benutzer dieses Nachschlagewerkes, die beim positiven Vollständigkeitsdrang des Bearbeiters Peter Schindler schon fast des Guten zuviel verspüren mögen.

In jedem Falle ist das Datenhandbuch kein Buch zum Lesen, sondern ein Werk zum Nachschlagen. Stichprobenartiges Blättern nimmt den Benutzer schnell gefangen, tiefer in die Datenlage einzudringen. Beispiele:

Briefwahl

In der letzten Zeit mehren sich die kritischen Stimmen gegenüber dem inflationären Gebrauch der Briefwahl. In der Tat ist die Briefwahlquote bei der Bundestagswahl 1983 mit zehn Prozent wie schon 1976 oder gar den 13 Prozent 1980 mehr als doppelt so hoch wie zum Zeitpunkt der Einführung 1957 mit 4,9 Prozent (Seite 84).

Frauen im Deutschen Bundestag

Stets ist der Anteil weiblicher Mitglieder im Hohen Hause als zu gering erachtet worden.

Ein Blick in die entsprechende Tabelle offenbart, daß der 9,8 Prozent-Anteil weiblicher MdB's tatsächlich nur geringfügig besser ist als der bisherige Höchstwert von 9,2 Prozent in der 3. Wahlperiode (1957 bis 1961). Die geringfügige Verbesserung ist im übrigen vor allem auf die Zusammensetzung der "Grünen"-Fraktion zurückzuführen, die immerhin zu einem Drittel aus Frauen besteht. Bei der SPD liegt der Frauenanteil mit 10,4 Prozent sichtbar hinter früheren Quoten, etwa 13 Prozent in der 2. Wahlperiode (1953 bis 1957). Noch krasser ist dies bei der CDU/CSU, deren gegenwärtiger Frauenanteil in der Fraktion von 6,7 Prozent einer der schlechtesten in der Geschichte des Deutschen Bundestages ist (Seite 188).



Diese Fakten zeigen deutlich, daß sich das Problem der mangelhaften Vertretung von Frauen im Deutschen Bundestag nicht naturwüchsig im Zeitablauf von selbst regelt.

Ausbildung und Berufstätigkeit

Vielfach beklagt wird die wachsende Tendenz der Akademisierung des Abgeordnetenberufs. Die Zahlen belegen diesen Trend. Der Anteil von Hochschulabsolventen unter den Abgeordneten ist mit der 1. Wahlperiode mit 44 Prozent bis zur 9. Wahlperiode mit 70,3 Prozent stetig gewachsen (Seite 194).

Hier gibt es freilich beachtliche Unterschiede zwischen den Fraktionen. Während in der 9. Wahlperiode der Akademiker-Anteil bei der SPD knapp 60 Prozent betrug, bei der CDU/CSU schon gut 77 Prozent, lag er bei der FDP schon über 83 Prozent. Damit einher geht der unvermindert geringe Anteil von Arbeitnehmern aus der gewerblichen Wirtschaft unter den Mitgliedern des Deutschen Bundestages.

Während bei der FDP der enorme Anteil von Selbständigen und Angehörigen freier Berufe mit knapp 40 Prozent auffällt (Seite 202), so erfreut bei der SPD-Fraktion die wachsende gewerkschaftliche Organisation von ursprünglich knapp 60 Prozent auf fast 100 Prozent in den letzten beiden Wahlperioden (Seite 206).

Parlamentsapparat

Der Blick der Öffentlichkeit ist gerichtet auf die Arbeit der 518 Mitglieder des Deutschen Bundestages (beziehungsweise 519 in der 9. Wahlperiode). Den Abgeordneten zu Dienste steht ein mittlerweile beachtlicher Apparat, zum Beispiel 1980 mit 1.591 Bediensteten der Bundestags-Verwaltung, 788 in Bonn tätige Abgeordnetenmitarbeiter (hierzu kommen 707 Wahlkreismitarbeiter) und 393 Fraktionsangestellten, woraus sich ein Raumbedarf für 3.291 Personen ergibt (Seite 993).

Das Datenhandbuch liefert aber mehr als statistische Daten, so hilfreich und informativ auch dies schon ist. Es liefert verständliche Erklärungen. Zum Beispiel die Berechnungsverfahren, ihre Vorteile und ihre Schwächen, für die Stellenanteile der Fraktionen nach d'Hondt, Hare/Niemeyer, Schepers (Seite 598 ff.). Es liefert wertvolle bibliographische Hinweise. Zum Beispiel die Bibliographie von Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen von Bundestagsabgeordneten, übersichtlich gegliedert nach Wahlperioden (Seite 141 ff.). Da findet sich alles von Adenauer 1945 bis Zumpfort 1981. Es liefert auch Einblick in die wissenschaftliche Literatur, deren Ergebnisse freilich gelegentlich allzu unkritisch verarbeitet werden (so könnten etwa die Darlegungen über den durchschnittlichen Zeitaufwand der Abgeordneten einer Plausibilitätskontrolle kaum standhalten, Seite 161 ff.).

Das "Datenhandbuch" möchte so "zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Wissenschaft anregen", schreibt Peter Schindler. Es tut es wohl auch. Die imposante Zuverlässigkeit des Nachschlagewerks trägt dazu bei.

Der erste Eindruck ist bestechend, der zweite nicht minder.

(-/30.11.1983/ks/va)

+ + +

